

Die Kommanditgesellschaft auf Aktien

Bürgers / Fett

3., neu bearbeitete Auflage 2022
ISBN 978-3-406-76959-7
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Bürgers/Fett
Die Kommanditgesellschaft auf Aktien


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Kommanditgesellschaft auf Aktien

Handbuch mit Mustern

Herausgegeben von

Dr. Tobias Bürgers

Rechtsanwalt, FAStR in München

Dr. Torsten Fett

Rechtsanwalt in Frankfurt aM

Bearbeitet von

Dr. Tobias Bürgers

Rechtsanwalt, FAStR in München

Dr. Gerald Reger

Rechtsanwalt, FAStR in München

Dr. Michaela Engel

Steuerberaterin in München

Dipl.-Kfm. Oliver Schließer,

CPA (USA)

Wirtschaftsprüfer und Steuerberater
in München

Dr. Torsten Fett

Rechtsanwalt in Frankfurt aM

Dr. Thomas Schulz

Attorney und Counselor-at-Law,
Rechtsanwalt in London

Dr. Thomas Förll

Notar in Aachen

Dr. Philipp Göz

Rechtsanwalt in München

Ulrike Sommer

Rechtsanwältin und Steuerberaterin
in Düsseldorf

Tillmann Hecht

Rechtsanwalt, FAArbR in Frankfurt aM

Silvia Sparfeld, M. A.

Rechtsanwältin, FAStR,
Steuerberaterin in München

Dr. Anke Meier, LL.M.

Attorney-at-Law (N. Y.)
Rechtsanwältin in Frankfurt aM

Dr. Laurenz Wieneke

Rechtsanwalt in Frankfurt aM

3., neu bearbeitete Auflage

2022



Zitervorschlag entsprechend der Beck'schen Redaktionsrichtlinie:
Bearbeiter*in in Bürgers/Fett KGaA-HdB § ... R.n. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 76959 7

© 2022 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Beltz Graphische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Fotosatz Buck
Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 3. Auflage

Die Resonanz auf die zweite Auflage und die weiterhin zunehmende Attraktivität der KGaA, insbesondere (aber nicht nur) für Familienunternehmen, haben uns bestärkt, eine Neuauflage vorzulegen.

Das Aktienrecht hat in der Zwischenzeit einschneidende Impulse sowohl von Unionsseite als auch vom deutschen Gesetzgeber erfahren. So konnten nunmehr u.a. die Aktienrechtsnovelle 2016 und die CSR-Richtlinie, das ARUG II sowie die neuen Regelungen aus COVMG, SanInsFoG und MoPeG eingearbeitet werden. Auch in der Literatur haben sich die KGaA und deren rechtliche Besonderheiten aus dem Zusammenspiel verschiedener Gesellschaftergruppen nachhaltiger Beliebtheit erfreut. Im Zuge der Aktualisierung des Handbuchs wurden alle Novellierungen des geltenden Rechts unter Berücksichtigung der maßgeblichen Judikatur verarbeitet.

Ziel war es, auch weiterhin der Praxis eine umfassende und wissenschaftlich fundierte Unterstützung an die Hand zu geben. Damit soll ein weiterer Beitrag zur Attraktivität der KGaA geleistet werden. Dabei ist den Herausgebern wohl bewusst, dass es sich bei dieser Rechtsform um eine in der Flora des sich zunehmend europäisierenden Gesellschaftsrechts eher seltene, aber deshalb besonders zu pflegende Spezies handelt.

Die Herausgeber freuen sich besonders, mit dieser Auflage Frau Rechtsanwältin und Steuerberaterin Ulrike Sommer als neue Autorin begrüßen zu dürfen, und bedanken sich bei Herrn Dr. Carsten Schütz sowie Herrn Dipl.-Kfm. Lutz Enno Werner, die aus dem Autorenkreis ausgeschieden sind. Besonderer Dank gebührt Herrn Rechtsanwalt Jörn Mayer für die engagierte und umsichtige redaktionelle und wissenschaftliche Unterstützung.

Autoren und Herausgeber hoffen, dass die Neuauflage wiederum auf reges Interesse stoßen wird und freuen sich über Anregungen und Hinweise jeder Art.

München/Frankfurt am Main, im Mai 2022

Dr. Tobias Bürgers

Dr. Torsten Fett



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 3. Auflage	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Literaturverzeichnis	XLIX
Bearbeiterverzeichnis	LXI
§1 Historische Entwicklung der KGaA und ihre heutige Bedeutung	1
§2 Wahl der Rechtsform: Vor- und Nachteile	7
§3 Die KGaA als hybride Rechtsform: Anwendbares Recht	17
§4 Die Gründung der KGaA	37
§5 Die Binnenverfassung der KGaA	87
§6 Die Rechnungslegung der KGaA	343
§7 Veränderungen des Gesamtkapitals	383
§8 Auflösung und Abwicklung	417
§9 Die Besteuerung der KGaA und ihrer Gesellschafter	445
§10 Die KGaA als börsennotiertes Unternehmen	507
§11 Umstrukturierung und Umwandlung	617
§12 Die KGaA im Konzern	775
§13 Mustersatzungen	803
Sachregister	843


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 3. Auflage	V
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Literaturverzeichnis	XLIX
Bearbeiterverzeichnis	LXI
§1 Historische Entwicklung der KGaA und ihre heutige Bedeutung	1
A. Historie	1
B. Wirtschaftliche Bedeutung	4
§2 Wahl der Rechtsform: Vor- und Nachteile	7
A. Gesellschaftsrecht	7
I. Systemvergleich KGaA – AG	7
1. Organe der Gesellschaft und deren Bestellung	8
2. Mitbestimmungsrechtliche Frage	10
3. Befugnisse der jeweiligen Organe	10
4. Einzelmaßnahmen von besonderer Bedeutung	11
II. Zusammenfassung der Übersicht	11
B. Steuerrecht	12
I. Einleitung	12
1. Körperschaftsteuer	13
2. Gewerbesteuer	14
3. Einkommensteuer	14
4. Erbschaft- und Schenkungsteuer	15
II. Zusammenfassung der Übersicht	16
§3 Die KGaA als hybride Rechtsform: Anwendbares Recht	17
A. Einleitung	18
B. Verweisungstechnik	19
I. Das Nebeneinander von Personengesellschafts- und Aktienrecht	19
II. Konsequenzen aus der Gruppenbildung in §278 Abs.2, 3 AktG? – Die „Gesamtheit der Kommanditaktionäre“ im Prozess –	21
C. Folgen der Verweisungstechnik für die Rechtsgestaltung	22
I. Die KGaA zwischen Gestaltungsfreiheit und Satzungsstrenge	22
II. Zwingendes Sonderrecht für die kapitalistische bzw. atypische KGaA?	23
D. Die Verweisungstechnik in Zweifelsfällen	25
I. „Holzmüller“-Doktrin in der KGaA? – Zur Kompetenzverteilung bei Übertragung wesentlichen Vermögens –	25

II. Treuepflicht in der KGaA	29
III. Änderungen von Satzungsbestimmungen mit personengesellschaftsrechtlichem Ursprung	30
IV. Vertretung der KGaA gegenüber ihren Komplementären	34
§4 Die Gründung der KGaA	37
A. Einleitung	40
B. Gründer	40
I. Gründerstatus	40
II. Gründer	41
1. Kommanditaktionäre	41
2. Komplementäre	41
a) Juristische Personen des öffentlichen Rechts	42
b) BGB-Gesellschaft	43
c) Stiftung	44
d) Erbengemeinschaften und eheliche Gütergemeinschaften	45
e) Eingetragene Genossenschaft/Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit	45
f) Ausländische Gesellschaften	46
C. Gründungsvorgang	48
I. Vorgründungsphase	48
II. Errichtung der KGaA	49
1. Satzungsfeststellung	49
2. Übernahme der Aktien durch die Kommanditaktionäre	50
3. Haftung der Gründer und Handelnden vor Eintragung der KGaA im Handelsregister	51
a) Gründerhaftung: Vorbelastungs- und Verlustdeckungshaftung	51
b) Handelndenhaftung	53
4. Bestellung von Aufsichtsrat und Abschlussprüfer	53
5. Gründungsbericht und Gründungsprüfung	54
III. Anmeldung zur Eintragung	56
IV. Prüfung durch das Registergericht	57
V. Eintragung	58
1. Entstehung der KGaA als juristische Person	58
2. Folgen der Eintragung für die Haftung der an der Gründung beteiligten Personen	59
a) Vorgründungsgesellschaft	59
b) Vorgesellschaft (Vor-KGaA)	59
VI. Verantwortlichkeit bei überbewerteter Sacheinlage	60
VII. „Verdeckte Sacheinlage“	60
VIII. Hin- und Herzahlen	62
IX. Cash-Pooling	63
X. Nachgründung	64
D. Die Firma	65
I. Bildung der Firma	65

1. Allgemeine Grundsätze	66
2. Bildung des Firmenkerns	66
a) Personenfirma	66
b) Sachfirma	67
c) Phantasiefirma	67
3. Rechtsform	67
a) Die typische KGaA	67
b) Die atypische KGaA	68
II. Schutz der Firma	69
1. Schutz durch das Registergericht	69
2. Klagemöglichkeit auf Unterlassung	69
3. Anspruch auf Schadenersatz	69
III. Geschäftsbriefe	70
E. Gegenstand und Sitz	71
I. Der Unternehmensgegenstand in der KGaA	71
1. Funktion des Unternehmensgegenstandes	71
2. Anforderungen an die Angaben zum Unternehmensgegenstand	71
a) Allgemeine Grundsätze	71
b) Inhalt des Unternehmensgegenstandes	72
c) Abgrenzung des Unternehmensgegenstandes vom Unternehmenszweck	75
d) Fehlerhafter Unternehmensgegenstand	76
II. Der Sitz der KGaA	77
1. Wahl des Sitzes der Gesellschaft	77
2. Bedeutung des Gesellschaftssitzes	78
3. Sitzwechsel der KGaA in das Ausland	79
a) Gesellschaftsstatut der Gesellschaft	79
b) Rechtsfolgen einer Sitzverlegung außerhalb der Europäischen Union	80
c) Sitzverlegung innerhalb der Europäischen Union	81
F. Geschäftsjahr und Dauer der Gesellschaft	83
I. Geschäftsjahr	83
1. Definition	83
2. Festlegung und Änderung des Geschäftsjahres	84
3. Beginn des Rumpfgeschäftsjahres	85
II. Dauer der Gesellschaft	86
§5 Die Binnenverfassung der KGaA	87
A. Gesellschafter und Organe der KGaA	97
I. Gesetzliche Pflichtorgane	97
II. Gewillkürte Organe	98
III. Rechtsverhältnisse zwischen den Gesellschaftern und den Organen	98
1. Komplementäre und Hauptversammlung	98
a) Personengesellschaftsrechtliche Schranken der Satzungsautonomie	99

b) Grundtypen der Satzungsausgestaltung	104
2. Komplementäre und Aufsichtsrat	108
3. Aufsichtsrat und Hauptversammlung	110
4. Sonstige Organe	110
B. Rechtsstellung der Komplementäre	111
I. Rechte und Pflichten auf mitgliederschaftlicher Ebene	112
1. Stimmrecht	112
a) Gegenstand des mitgliederschaftlichen Stimmrechts	112
b) Beschlussfassung, Komplementärversammlung	112
c) Stimmzahl	114
d) Beschlussmehrheiten	114
e) Reichweite der Satzungsautonomie	116
f) Stimmrechtsausschluss	118
2. Informations- und Kontrollrechte	119
3. Actio pro socio	120
4. Innenhaftung	120
5. Informationspflichten nach dem GwG	122
II. Rechte und Pflichten auf organschaftlicher Ebene	122
1. Geschäftsführung	122
a) Personengesellschaftsrechtliches Regelungsregime	122
b) Art und Umfang der Geschäftsführungsbefugnis	123
c) Gestaltungsmöglichkeiten	128
d) Geschäftsordnung für die Geschäftsführung	134
2. Sorgfaltspflicht und Haftung für fehlerhafte Geschäftsführung	135
a) Sorgfaltspflichten	136
b) Haftung bei Sorgfaltspflichtverletzung	140
c) Ausschluss der Innenhaftung	143
d) D&O-Versicherungen	144
e) Geltendmachung der Haftung in der gesetzestypischen KGaA	145
f) Geltendmachung der Haftung in der atypischen KGaA	148
3. Vertretung	151
a) Zur Vertretung befugte Organe	151
b) Umfang der Vertretungsbefugnis	153
4. Niederlegung der Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis	154
5. Entziehung der Geschäftsführungs- und/oder Vertretungsbefugnis	156
a) Verfahren für die gerichtliche Entziehung	157
b) Mehrheitserfordernisse in der gesetzestypischen KGaA	159
c) Mehrheitserfordernisse in der atypischen KGaA	160
d) Entziehung der Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis des einzigen Komplementärs	161
e) Gestaltungsmöglichkeiten	163

6. Entziehung der Geschäftsführungs- und Vertretungs- befugnis des organschaftlichen Vertreters der Kom- plementärgesellschaft	164
a) Problemübersicht	164
b) Treuepflicht	165
c) Sog. „Abberufungsdurchgriff“	167
d) Einheits-KGaA	169
7. Kaufmannseigenschaft der Komplementäre	170
8. Vergütungsbericht	170
III. Vermögensrechtliche Stellung	170
1. Außenhaftung	171
a) Inhalt der Haftung	172
b) Gesamtschuldnerische Haftung und Innenregress	173
c) Beginn und Ende der Haftung	174
d) Freistellungsvereinbarungen	175
2. Vermögenseinlagen	176
3. Gewinnbezugs- und Entnahmerecht	180
a) Gewinnbezugsrecht	180
b) Entnahmerecht	184
4. Tätigkeitsvertrag und Tätigkeitsvergütung	185
a) Gesetzestypische KGaA	185
b) Atypische KGaA	188
5. Sondervorteile	189
6. Aufwendungsersatzanspruch	190
IV. Wettbewerbsverbot	190
1. Normadressaten	190
2. Umfang des Wettbewerbsverbots	193
3. Befreiung	194
4. Geltungsdauer	195
5. Ergänzende Regelungen	196
6. Folgen einer Zuwiderhandlung	197
V. Veränderungen in der Zusammensetzung der Kom- plementäre	198
1. Überblick	198
2. Gesetzliche Gründe des Ausscheidens	199
a) Tod des Gesellschafters (§ 131 Abs. 3 Nr. 1 HGB)	200
b) Eröffnung des Insolvenzverfahrens (§ 131 Abs. 3 Nr. 2 HGB)	200
c) Kündigung des Gesellschafters (§ 131 Abs. 3 Nr. 3 HGB)	200
d) Kündigung durch den Privatgläubiger des Kom- plementärs (§ 131 Abs. 3 Nr. 4 HGB)	201
e) Beschluss der Gesellschafter (§ 131 Abs. 3 Nr. 6 HGB)	201
3. Satzungsbestimmungen zur Aufnahme neuer Kom- plementäre	202
4. Satzungsbestimmungen zum Ausscheiden eines Kom- plementärs	205

a) Automatisches Ausscheiden eines Komplementärs . . .	206
b) Vereinbarung zwischen Gesellschaft und Komplementär	206
c) Recht zur Kündigung	206
5. Satzungsbestimmungen zur Übertragung der Komplementärbeteiligung	207
6. Ausschließung eines Komplementärs	208
a) Gesetzliche Regelung	208
b) Satzungsregelungen zur Ausschließung	210
7. Rechtsfolgen des Ausscheidens eines Komplementärs	211
a) Gesetzliche Ausgestaltung	211
b) Abwicklung und Durchsetzung der Ansprüche beim Ausscheiden	214
c) Ausgestaltung durch die Satzung	215
C. Rechtsstellung der Kommanditaktionäre	218
I. Übersicht der Rechte und Pflichten	218
II. Rechte und Pflichten der Kommanditaktionäre	219
1. Rechte der Gesamtheit der Kommanditaktionäre	219
2. Individuelle Rechte	221
a) Rechte des einzelnen Kommanditaktionärs	222
b) Rechte einer qualifizierten Kommanditaktionärs- minderheit	225
3. Individuelle Pflichten	230
a) Treuepflichten	230
b) Wettbewerbsverbot	230
c) Publizitäts- und Mitteilungspflichten	231
4. Voraussetzungen und Modalitäten der Stimmrechtsausübung	232
a) Einberufung der Hauptversammlung und Bekanntmachung der Tagesordnung	232
b) Stimmrechtsausübung	238
c) Mehrheitserfordernisse	238
5. Abweichende Satzungsgestaltungen	239
a) Aufnahme und Ausscheiden eines Komplementärs	241
b) Kapitalmaßnahmen	242
c) Erhöhung der Sondereinlage	242
d) Klage auf Entziehung der Geschäftsführungs- und/ oder Vertretungsbefugnis	242
e) Auflösungsbeschluss	243
f) Auflösungsklage	243
g) Ausschließungsklage	243
h) Unternehmensverträge, Umwandlungen und ähnliche berichtspflichtige Angelegenheiten	244
i) Feststellung des Jahresabschlusses, Gewinnverwendungsbeschluss	245
6. Ausschluss des Stimmrechts aktienbesitzender Komplementäre	245

a) Wahl und Abberufung des Aufsichtsrats	247
b) Entlastung der persönlich haftenden Gesellschafter und der Mitglieder des Aufsichtsrats	247
c) Bestellung von Sonderprüfern	248
d) Geltendmachung von Ersatzansprüchen und Ver- zicht auf Ersatzansprüche	248
e) Wahl von Abschlussprüfern	248
III. Vermögensrechte und -pflichten	249
1. Gewinnbeteiligung	249
2. Einlageverpflichtung	249
3. Auseinandersetzungsanspruch	250
IV. Wechsel der Kommanditaktionäre	250
1. Übertragung von Inhaberaktien	251
2. Übertragung von Namensaktien	253
D. Der Aufsichtsrat	255
I. Allgemeine Vorschriften zum Aufsichtsrat	255
1. Zusammensetzung	255
2. Persönliche Voraussetzungen	256
a) Inkompatibilitäten	256
b) Statutarische Anforderungen	261
3. Wahl und Abberufung	262
a) Wahlverfahren	262
b) Stimmverbote	263
c) Entsendungsrechte	264
d) Abberufung	264
4. Vergütung	265
a) Allgemeines	265
b) D&O-Versicherungen als Vergütungsbestandteil	266
II. Die Kompetenzen des Aufsichtsrats in der gesetzestypi- schen KGaA	268
1. Unterschiede zu den Kompetenzen eines Aufsichtsrats in der Aktiengesellschaft	268
a) Personalkompetenz	268
b) Zustimmungsvorbehalt	269
c) Erlass einer Geschäftsordnung	270
d) Mitwirkung am Jahresabschluss	270
e) Beschluss eines Vergütungssystems nach § 87a Abs. 1 AktG bei börsennotierter KGaA	270
2. Kontrollkompetenz	270
a) Stellung des Aufsichtsrats in der KGaA	270
b) Kontrollbefugnisse	271
c) Einberufung der Hauptversammlung	272
d) Überwachung anderer Organe mit Geschäftsfüh- rungskompetenzen	273
3. Ausführungskompetenz	274
4. Vertretungskompetenz	276
a) Rechtsgeschäftliche Vertretung	276

b) Gerichtliche Vertretung	278
c) Vertretung der Gesellschaft gegenüber dem Geschäftsführer oder einem Gesellschafter der Komplementärgesellschaft	279
III. Die Kompetenzen des Aufsichtsrats in der nicht gesetzestypischen KGaA	281
1. Angleichung an den Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft	281
2. Der Aufsichtsrat als Leitungsorgan	281
IV. Unternehmerische Mitbestimmung in der KGaA	282
1. Mitbestimmungsgesetz 1976	283
a) Anwendungsbereich	283
b) Beginn der Mitbestimmung	284
c) Einschränkung der Mitbestimmung	285
2. Drittelbeteiligungsgesetz	288
a) Subsidiarität	288
b) Keine Mindestzahl von Arbeitnehmern für die vor dem 10.8.1994 eingetragene KGaA	288
V. Verantwortung und Haftung des Aufsichtsrates	289
1. Haftung gegenüber der KGaA	289
a) Sorgfaltsmaßstab	289
b) Verschulden	291
c) Haftungsausschlüsse und -beschränkungen	291
2. Haftung gegenüber Dritten	292
E. Der Beirat	292
I. Zweck	292
II. Zulässigkeit	294
1. Schuldrechtlicher Beirat	294
2. Organschaftlicher Beirat	294
III. Grundformen eines Beirats	294
1. Gesellschafterausschuss	294
2. Der Beirat als zusätzliches Überwachungsorgan	295
3. Organ einer Gesellschaftergruppe	295
4. Sonstige Beiratstypen	296
IV. Besetzung	296
1. Bestellung bzw.	
Wahl der Beiratsmitglieder	296
2. Geltung von Stimmverbot und Inkompatibilitätsvorschriften	297
a) Stimmverbote bei der Bestellung der Beiratsmitglieder	297
b) Stimmverbote der Beiratsmitglieder in der Hauptversammlung	298
3. Besetzung mit außenstehenden Dritten	298
V. Möglichkeiten und Grenzen der Übertragung von Befugnissen auf den Beirat	299

1. Übertragung von Geschäftsführungsbefugnissen auf den Beirat	299
2. Übertragung sonstiger Befugnisse auf einen Beirat	302
VI. Wettbewerbsverbot	302
VII. Überwachung des Beirats durch den Aufsichtsrat	303
1. Allgemeines	303
2. Anwesenheitsrecht der Aufsichtsratsmitglieder bei Beiratssitzungen	303
VIII. Verantwortung und Haftung	304
1. Sorgfaltspflichten	304
2. Haftung	304
a) Innenhaftung	304
b) Außenhaftung	305
3. Haftungsausschluss und -reduzierung	306
F. Rechtsstreitigkeiten in der KGaA	306
I. Einführung	306
II. Organstreit	307
1. Allgemeines	307
2. Aufsichtsrat	308
a) Berichtspflichten (§ 90 AktG)	308
b) Zustimmung zu außergewöhnlichen Geschäften	309
3. Einzelne Aufsichtsratsmitglieder	309
a) Aus eigenem Recht	309
b) Aus Recht des Organs	309
4. Hauptversammlung	310
III. Rechtsstreitigkeiten zwischen der Gesamtheit der Kommanditaktionäre und den Komplementären	310
1. Parteifähigkeit der Gesamtheit der Kommanditaktionäre	310
2. Sachbefugnis, Prozessführungsbefugnis und gesetzliche Vertretung	311
3. Die einzelnen Prozesskonstellationen im Detail	312
a) Die Klage auf Zustimmung der jeweils anderen Gesellschaftergruppe zur Ausschließungsklage und zu anderen Grundlagengeschäften	313
b) Die Klage auf Zustimmung der jeweils anderen Gesellschaftergruppe zum Jahresabschluss	315
IV. Rechtstreitigkeiten zwischen der Gesellschaft und den Komplementären	317
1. Prozesskonstellationen	317
a) Einklagbare Ansprüche der Gesellschaft gegen die Komplementäre	317
b) Einklagbare Ansprüche der Komplementäre gegen die Gesellschaft	317
2. Prozessparteien	319
a) Ansprüche der Gesellschaft gegen die Komplementäre	319

b) Ansprüche der Komplementäre gegen die Gesellschaft	319
3. Verfahren	319
a) Entscheidung über die Klageerhebung	319
b) Vertretung der Gesellschaft vor Gericht	320
V. Rechtsstreitigkeiten der Komplementäre untereinander	320
1. Prozesskonstellationen	320
2. Klage auf Feststellung der Nichtigkeit	321
VI. Die Klage der Kommanditaktionäre	322
1. Anfechtungs-, Nichtigkeits-, Auskunftsklage	322
2. Klage auf Erzwingung, Unterlassung oder Beseitigung von Organhandlungen	323
VII. Einstweiliger Rechtsschutz	324
1. Einstweiliger Rechtsschutz auf Ebene der Komplementäre	324
2. Einstweiliger Rechtsschutz auf Ebene der Hauptversammlung	325
a) Fallkonstellationen	325
b) Prozessuales	327
VIII. Die <i>actio pro socio</i>	327
1. Grundlagen der <i>actio pro socio</i> in der KGaA	327
a) <i>actio pro socio</i> des einzelnen Komplementärs	327
b) Klagemöglichkeiten der Gesamtheit der Kommanditaktionäre	328
c) <i>actio pro socio</i> des einzelnen Kommanditaktionärs	328
2. Prozesskonstellationen	328
a) Ansprüche der Gesellschaft gegen einen Komplementär	328
b) Ansprüche der Gesellschaft gegen einen Kommanditaktionär	329
3. Prozessparteien	329
4. Verhältnis der <i>actio pro socio</i> zur Klage der Gesellschaft	330
IX. Streitbeilegung durch Schiedsgerichtsbarkeit	331
1. Einführung	331
2. Schiedsfähigkeit	332
a) <i>Schiedsfähigkeit II</i> -Entscheidung des BGH	332
b) <i>Schiedsfähigkeit III</i> -Entscheidung des BGH	333
c) Schiedsfähigkeit von Streitigkeiten in der KGaA	334
3. Schiedsklauseln in Satzungen	335
4. Institutionelle und Ad-hoc Schiedsgerichtsbarkeit	336
5. Durchführung von Schiedsverfahren	337
6. Einstweiliger Rechtsschutz	340
§ 6 Die Rechnungslegung der KGaA	343
A. Einleitung	344
B. Aufstellung und Feststellung des Jahresabschlusses	346
I. Aufstellung des Jahresabschlusses	346

II. Dotierung der gesetzlichen Rücklage und anderer Gewinnrücklagen	347
1. Regelung für persönlich haftende Gesellschafter	348
2. Regelungen für die Kommanditaktionäre	349
III. Prüfung und Feststellung des Jahresabschlusses	351
1. Externe und interne Prüfung	351
2. Feststellung	352
IV. Gewinnverwendungsbeschluss	354
V. Ergebnisermittlung und -verteilung	356
1. Ergebnisermittlung	356
a) „Dualistischer“ Ansatz	356
b) „Monistischer“ Ansatz	357
c) Eigene Auffassung	359
d) Satzungsregelungen	359
2. Ergebnisverteilung	361
a) Gewinnverteilung	361
b) Verlustverteilung	364
C. Besonderheiten der Bilanz	365
I. Eigenkapital	365
1. Kapitalanteil der persönlich haftenden Gesellschafter	365
a) Sondereinlagen und Kapitalanteile	365
b) Ausweis der Kapitalanteile	366
2. Sacheinlagen auf den Kapitalanteil	367
a) Bilanzierungsfähigkeit	367
b) Bewertung	369
c) Prüfung	370
3. Ausstehende Einlagen der persönlich haftenden Gesellschafter	370
II. Verlustausweis	371
III. Kredite an persönlich haftende Gesellschafter	372
IV. Entnahmerechte der persönlich haftenden Gesellschafter	373
V. Pensionszusagen an persönlich haftende Gesellschafter	375
D. Besonderheiten der Gewinn- und Verlustrechnung	376
I. Wahlrecht nach § 286 Abs. 3 AktG	376
II. Verzicht auf Wahlrecht nach § 286 Abs. 3 AktG	378
E. Besonderheiten des Anhangs	378
F. Lagebericht	379
G. Besonderheiten der Bilanzierung nach IFRS	380
§7 Veränderungen des Gesamtkapitals	383
A. Kapitalmaßnahmen	385
I. Einleitung	385
II. Kapitalerhöhung	385
1. Gesetzliche Ausgangslage im Überblick	385
2. Erhöhung der Sondereinlagen	386
3. Erhöhung des Grundkapitals	391
a) Ordentliche Kapitalerhöhung	391

b) Bedingte Kapitalerhöhung	392
c) Genehmigtes Kapital	392
d) Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln	393
e) Rechte der Komplementäre bei Grundkapitalerhöhung	393
III. Kapitalherabsetzung	395
1. Herabsetzung der Sondereinlagen/Entnahmeregelungen	395
2. Herabsetzung des Grundkapitals	396
IV. Umwandlung von Sondereinlagen in Kommanditaktien	397
1. Überblick über Motive und Verfahren	397
2. Das Verfahren im Einzelnen	397
a) Gegenstand der Sacheinlage	397
b) Rechte und Pflichten der Kommanditaktionäre	400
c) Ausnutzen eines bedingten Kapitals	401
d) Ausnutzen eines genehmigten Kapitals	402
V. Umwandlung von Kommanditaktien in Sondereinlagen	403
B. Gesellschafterdarlehen in der KGaA	404
I. Einführung	404
1. Änderung des bisherigen Rechts durch das MoMiG	404
2. Die maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften	405
II. Persönlicher Anwendungsbereich	405
1. Die typische KGaA	405
2. Die atypische KGaA	406
a) Komplementäre	406
b) Kommanditaktionäre	406
c) Dem Gesellschafter gleichgestellte Dritte	407
d) Privilegierungstatbestände	407
III. Sachlicher Anwendungsbereich	408
1. Darlehen eines Gesellschafters	408
2. Mittelbare Gesellschafterdarlehen	409
3. Gebrauchsüberlassung	410
4. Weitere anfechtungsrelevante Umstände	411
C. Haftung für existenzvernichtende Eingriffe	411
I. Ausgangskonstellation	411
II. Geltung in der KGaA	413
III. Tatbestandsvoraussetzung	413
1. Objektiver Tatbestand	413
a) Vermögenseingriff als sittenwidrige Handlung	413
b) Insolvenzverursachung	414
c) Anspruchsgegner	414
2. Subjektiver Tatbestand	415
3. Ersatzfähigkeit des Schadens	415
IV. Durchsetzung des Anspruchs	415
1. Innenhaftung	415
2. Beweislast und Verjährung	416
3. Anspruchsgrundlagenkonkurrenz	416

§ 8 Auflösung und Abwicklung	417
A. Auflösung	418
I. Überblick	418
II. Personengesellschaftsrechtliche Auflösungsgründe	419
1. Übersicht	419
2. Zeitablauf	419
3. Gesellschafterbeschluss	420
a) Auflösungsbeschluss	420
b) Zustimmung der Komplementäre	421
4. Eröffnung des Insolvenzverfahrens	423
5. Gerichtliche Entscheidung	423
III. Auflösungsgründe nach dem AktG	424
IV. Gesetzlich nicht geregelte Sachverhalte	425
1. Ausscheiden des letzten Komplementärs	425
a) Vorbemerkung	425
b) Rechtsfolgen des Ausscheidens des letzten Komplementärs	425
c) Ausscheiden aufgrund der Dispositionsbefugnis des betroffenen Gesellschafters oder aller übrigen Gesellschafter	428
d) Sonstige Formen des Ausscheidens	431
e) Ausscheiden einer Kapitalgesellschaft als alleiniger Komplementär	432
2. Fehlen der Vertretungsbefugnis des alleinvertretungsberechtigten Komplementärs?	433
a) Entzug der Vertretungsbefugnis des alleinvertretungsberechtigten Komplementärs	433
b) Eintritt der beschränkten Geschäftsfähigkeit bzw. Geschäftsunfähigkeit	434
3. Kündigung durch die Gesamtheit der Kommanditaktionäre?	434
B. Abwicklung	436
I. Überblick	436
II. Abwickler	436
1. Vorbemerkungen	436
2. Geborene Abwickler	437
3. Gekorene Abwickler	437
4. Gerichtlich bestellte Abwickler	438
5. KGaA i.L. ohne geborene Abwickler	438
6. Satzungsgestaltungen	439
III. Abwicklungsverfahren	439
1. Ablauf des Abwicklungsverfahrens	439
2. Einhaltung des Sperrjahres, § 272 AktG	441
3. Satzungsregelungen	442
IV. Fortsetzung einer aufgelösten Gesellschaft	442
V. Nachtragsabwicklung	443

§ 9 Die Besteuerung der KGaA und ihrer Gesellschafter	445
A. Einleitung	449
I. Bedeutung der hybriden Rechtsstruktur der KGaA für die Besteuerung der KGaA und ihrer Gesellschafter	449
II. Einheitliche und gesonderte Feststellung von Besteue- rungsgrundlagen im Verhältnis zwischen pHG und KGaA?	450
B. Laufende Besteuerung	453
I. Besteuerung der KGaA	453
1. Körperschaftsteuer	453
a) Grundlagen der Körperschaftsteuerrechtlichen Er- folgsermittlung der KGaA	453
b) Betriebsausgabenabzug der Gewinnanteile und Geschäftsführungsvergütungen des pHG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 KStG)	454
c) Sonstige Vergütungen (Sondervergütungen)	456
d) Verdeckte Gewinnausschüttungen (vGA)	457
e) Körperschaftsteuerrechtliche Organschaft	460
f) Verlustberücksichtigung bei der KGaA	465
2. Gewerbeertragsteuer	466
a) Grundlagen der Gewerbeertragsbesteuerung	466
b) Beginn und Ende der Gewerbebesteuerungspflicht	466
c) Ermittlung des Gewerbeertrages der KGaA	467
d) Gewerbeverlust	470
e) Gewerbebesteuerungrechtliche Organschaft	471
3. Umsatzsteuer	471
a) Grundlagen	471
b) Leistungsaustausch zwischen KGaA und ihren Ge- sellschaftern	472
4. Grunderwerbsteuer	472
II. Besteuerung der pHG	474
1. Natürliche Person als pHG	474
a) Einkommensteuer	474
b) Gewerbesteuer	479
c) Gewerbesteueranrechnung nach § 35 EStG	480
2. Nicht natürliche Person als pHG („atypische“ KGaA)	482
a) Einkommen- und Körperschaftsteuer	482
b) Gewerbesteuer	486
III. Besteuerung der Kommanditaktionäre	487
C. Aperiodische Besteuerungsvorgänge	488
I. Anteilsveräußerung	488
1. Einkommen- und Körperschaftsteuer	488
a) Veräußerung von Kommanditaktien	488
b) Veräußerung des pHG-Anteils	491
2. Gewerbesteuer	492
II. Ausscheiden des pHGs	493
III. Liquidation der KGaA	494
1. Einkommen- und Körperschaftsteuer	494

2. Gewerbesteuer	496
IV. Erbfall und Schenkung	496
1. Kommanditaktionäre	496
2. PhG	497
D. Internationales Steuerrecht	497
I. Außensteuerrecht	498
1. Hinzurechnungsbesteuerung	498
2. Wegzugsbesteuerung	499
II. Beschränkt steuerpflichtige pHG und Kommanditaktionäre	499
III. Vermeidung von Doppelbesteuerung	501
1. Unilaterale Maßnahmen	501
2. Bilaterale Maßnahmen	502
§ 10 Die KGaA als börsennotiertes Unternehmen	507
A. Einleitung	511
B. Börsengang einer KGaA	512
I. Vor- und Nachteile der KGaA als börsennotiertes Unternehmen	513
1. Maßgebliche Gründe für einen Börsengang	514
a) Vorteile der Börseneinführung	514
b) Nachteile der Börseneinführung	516
2. Größere Gestaltungsfreiheit bei der KGaA	516
3. Unterschiede in der Kompetenzverteilung	519
4. Steuerliche Unterschiede	520
5. Geringere Akzeptanz der KGaA	521
6. Die Fußball KGaA	522
II. Spezifischer kapitalmarktrechtlicher Anlegerschutz in der KGaA?	523
1. Der Ansatz von <i>Hommelhoff</i>	524
2. Die Überlegungen des BGH	525
3. Treuepflicht als Korrektiv	527
III. Besonderheiten beim Börsengang einer KGaA	527
1. Gesellschaftsrechtliche Strukturierung pre-IPO	527
a) Formale Anforderungen an den Emittenten	528
b) Anforderungen an die Satzung des Emittenten	529
2. Besonderheiten im Zulassungsverfahren	536
3. Wertpapierprospekt	537
4. Gesellschaftsrechtliche Fragen	544
C. Folgepflichten und Regelungen	547
I. Publizitäts- und Berichtspflichten	547
1. Regelpublizität	547
2. Ad-hoc-Publizitätspflicht, Art. 17 MAR	549
3. Weitere Berichts- und Zulassungsfolgepflichten	554
4. Bilanzkontrollverfahren, §§ 106 ff. WpHG	558
II. Spezielle Folgepflichten für die Geschäftsleitung	559
1. Aktienrechtliche Regelungen (Corporate Governance)	559

a)	Differenzierung zwischen börsen- und nicht börsen-	
b)	notierten Gesellschaften	559
c)	Corporate Governance, § 161 AktG	560
c)	Erklärung zur Unternehmensführung	564
2.	Eigengeschäfte von Führungskräften, Art. 19 MAR	565
3.	Insiderlisten, Art. 18 MAR	569
III.	Insiderrecht im Überblick	570
IV.	Meldungen der Stimmrechte nach §§ 33 ff. WpHG	571
1.	Hintergrund der Normen	571
2.	Die Mitteilungspflichten im Überblick	572
a)	Der Normalfall nach § 33 WpHG	572
b)	Zurechnung von Stimmrechten nach § 34 WpHG	574
c)	Meldepflichten nach §§ 38 und 39 WpHG	576
d)	Die mitteilungspflichtige KGaA	576
3.	Kein Drittschutz der §§ 33 ff. WpHG	577
V.	Die börsennotierte KGaA im Lichte des WpÜG	578
1.	Allgemeine Bestimmungen für das Angebotsverfahren	579
2.	Kontrollbegriff bei der KGaA	582
a)	Die KGaA als übernahmeresistente Rechtsform	582
b)	Streitstand in der Literatur	583
c)	Der Kontrollbegriff des WpÜG	584
d)	Rechtsfolgenbetrachtung	585
e)	Aufstockungsangebote	586
3.	Besonderheiten bei Übernahmeangeboten	588
a)	Überblick	588
b)	Kommanditaktien als Gegenleistung	588
c)	Verhaltenspflichten der Organe der KGaA als Ziel-	
c)	gesellschaft	590
4.	Besonderheiten bei Pflichtangeboten	594
a)	Überblick	594
b)	Erwerb einer Kontrollbeteiligung durch eine KGaA	594
c)	KGaA als Zielgesellschaft	598
d)	Befreiung nach § 37 WpÜG	598
e)	Sanktionen bei unterbliebenem Pflichtangebot	600
5.	Drittschutz im Übernahmerecht?	600
a)	Öffentliches Recht	601
b)	Zivilrecht	602
D.	Delisting	602
I.	Begriff und Folgen	602
II.	Delisting von Amts wegen, § 39 Abs. 1 BörsG	605
III.	Delisting auf Antrag, § 39 Abs. 2 bis 6 BörsG	606
1.	Kapitalmarktrecht	607
2.	Gesellschaftsrecht	609
a)	Zustimmungspflichten in der KGaA	609
b)	Barabfindungspflicht	611
IV.	Delisting infolge Umstrukturierung	612

§ 11 Umstrukturierung und Umwandlung	617
A. Einleitung	622
I. Begriffsdefinition	622
II. Verhältnis des Umwandlungsgesetzes zu anderen Gesetzen	624
1. Umwandlungssteuergesetz	624
2. Rechtsformspezifische Gesetze	625
3. Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz	625
4. Wertpapierhandelsgesetz und andere Gesetze	626
B. Verschmelzung	626
I. Wesen der Verschmelzung	626
II. Anwendbare Rechtsnormen	627
III. Beteiligte Rechtsträger	627
1. KGaA als übertragender oder übernehmender Rechts- träger	627
2. Verschmelzungsmöglichkeiten unter Beteiligung einer KGaA	628
3. KGaA als neuer Rechtsträger	631
a) Gründer und Erstaktionäre	631
b) Beitritt Dritter	631
IV. Arten der Verschmelzung	632
1. Verschmelzung zur Aufnahme und zur Neugründung .	632
2. Mischverschmelzungen	633
3. Grenzüberschreitende Verschmelzungen	634
4. Verschmelzung unter Beteiligung börsennotierter Rechtsträger	635
V. Ablauf der Verschmelzung	636
1. Vorbereitungsphase	636
a) Gestaltungsüberlegungen	636
b) Fristen	642
c) Ermittlung Umtauschverhältnis	644
d) Entwurf Verschmelzungsvertrag	645
e) Verschmelzungsbericht	655
f) Verschmelzungsprüfung	657
g) Vorbereitung Versammlungen	658
2. Beschlussphase	662
a) Zustimmungsbeschluss der Kommanditaktionäre . . .	662
b) Zustimmung der persönlich haftenden Gesellschafter	666
3. Umsetzungsphase	666
a) Anmeldung zum Handelsregister	666
b) Eintragung im Handelsregister	668
c) Wirkungen der Eintragung	670
d) Mängel der Verschmelzung	674
e) Wertpapiertechnische Abwicklung	675
VI. Grenzüberschreitende Verschmelzung	675
1. Grenzüberschreitende Verschmelzungen nach §§ 122a ff. UmwG	675

2. Grenzüberschreitende Verschmelzungen außerhalb §§ 122a ff. UmwG	677
C. Spaltung	678
I. Anwendbare Rechtsnormen	678
II. Arten der Spaltung	679
III. Spaltungsfähigkeit	680
IV. Vorbereitungsphase	681
1. Allgemeines	681
2. Spaltungs- und Übernahmevertrag	683
a) Mindestinhalt	683
b) Anteilsübertragung, nicht-verhältnismäßige Spaltung	683
c) Umtauschverhältnis, Treuhänder	685
d) Bezeichnung der Vermögensgegenstände	686
e) Sonstige Regelungen	687
3. Spaltungsplan	688
4. Spaltungsbericht	689
5. Spaltungsprüfung	690
6. Vereinfachte Kapitalherabsetzung	691
7. Gläubigerschutz	692
8. Arbeitsrechtliche Besonderheiten	693
V. Beschlussphase	693
VI. Umsetzungsphase	694
1. Anmeldung	694
2. Anlagen zur Anmeldung	695
VII. Spaltung und Börsennotierung	695
D. Vermögensübertragung	695
E. Formwechsel	696
I. Begriff des Formwechsels	696
II. Einbezogene Rechtsträger	697
III. Anwendbare Rechtsnormen	698
1. Formwechsel in die Rechtsform der KGaA	698
2. Formwechsel aus der Rechtsform der KGaA	699
IV. Phasen des Formwechsels	700
1. Vorbereitungsphase	701
a) Anwendbare Gründungsvorschriften	701
b) Umwandlungsbericht	703
c) Umwandlungsbeschluss	703
d) Gründungsbericht, Gründungsprüfung	706
e) Barabfindungsangebot	707
2. Verfahrensablauf	709
a) Formwechsel in die Rechtsform einer KGaA	709
b) Formwechsel aus der Rechtsform der KGaA	711
3. Auswirkung des Formwechsels auf die persönlich haftenden Gesellschafter	712
a) Formwechsel in eine KGaA	712
b) Formwechsel aus der KGaA	713

4. Kapitalschutz	714
5. Nachgründung	715
6. Haftungsrisiken für die Kommanditaktionäre beim Formwechsel aus der KGaA	715
7. Besonderheiten beim Formwechsel einer eingetragenen Genossenschaft	716
8. Formwechsel von Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts	717
9. Beschlussphase	718
a) Formwechselbeschluss	718
b) Beschlussmehrheiten	719
c) Besondere Zustimmungspflichten	720
d) Beschlussmängel	721
10. Umsetzungsphase	722
a) Handelsregisteranmeldung	722
b) Eintragung des Formwechsel	723
c) Nachhaftung	724
d) Abwicklung des Formwechsels	725
F. Umwandlungen außerhalb des Umwandlungsgesetzes	726
I. Zulässigkeit	726
II. Der Verschmelzung gleichkommende Vorgänge	726
1. Anwachsungsmodelle	726
2. Holdingmodelle	727
3. Eingliederung und Squeeze-Out	727
III. Der Spaltung gleichkommende Vorgänge	728
1. Übertragung des gesamten Geschäftsvermögens der KGaA oder wesentlicher Teile	728
2. Übertragende Auflösung der KGaA gemäß § 179a Abs. 3 AktG	728
G. Spruchverfahren	729
I. Vorbemerkung und Verfahrenszweck	729
II. Gesetzliche Grundlage	730
III. Anwendungsbereich	730
1. Ausdrücklich aufgeführter Anwendungsbereich	730
2. Weitergehender Anwendungsbereich	731
IV. Verfahrensgegenstand	731
1. Grundsatz der vollen Entschädigung	731
2. Methoden zu Bestimmung der vollen Entschädigung	732
a) Ertragswertmethode	732
b) Börsenkurs	733
c) Barwert der Ausgleichszahlungen	733
d) Liquidationswert	733
V. Die Verfahrensbeteiligten	734
1. Das zuständige Gericht	734
2. Die Antragsteller	735
a) Zeitpunkt der Antragstellung	735
b) Person des Antragsberechtigten	735

c) Nachweis der Antragsberechtigung	736
3. Der Antragsgegner	736
4. Der gemeinsame Vertreter	736
VI. Der Verfahrensablauf	738
1. Das erstinstanzliche Verfahren	738
2. Rechtsmittel	739
VII. Verfahrensgrundsätze	740
1. Amtsermittlungsgrundsatz	740
2. Dispositionsgrundsatz, Beibringungsgrundsatz und Verfahrensförderungspflicht	741
H. Die KGaA im Umwandlungssteuerrecht	741
I. Überblick	741
II. Sacheinlage	744
1. Sacheinlage in das Kommanditaktienkapital	744
a) Grundsätzliches	744
b) Anwendung des § 20 UmwStG	745
c) Anteilstausch nach § 21 UmwStG	751
d) Sacheinlage außerhalb der Regelungen des UmwStG	754
2. Sacheinlage in das Vermögen des persönlich haftenden Gesellschafters	754
a) Grundsätzliches	754
b) Überblick zu § 24 UmwStG	755
III. Verschmelzung einer Kapitalgesellschaft auf eine KGaA	757
1. Überblick über die §§ 11 bis 13 UmwStG	757
a) Grundsätzliches	757
b) Wertansätze in der steuerlichen Schlussbilanz der übertragenden Kapitalgesellschaft (§ 11 UmwStG)	757
c) Steuerliche Effekte auf Ebene der übernehmenden KGaA (§ 12 UmwStG)	760
d) Steuerliche Effekte auf Ebene der Gesellschafter der übertragenden Kapitalgesellschaft (§ 13 UmwStG)	762
2. Überblick über die §§ 3 ff. UmwStG	764
a) Effekte bei der übertragenden Kapitalgesellschaft (§ 3 UmwStG)	764
b) Effekte bei den Gesellschaftern	765
IV. Verschmelzung einer KGaA auf eine Kapitalgesellschaft	766
V. Formwechsel einer Kapitalgesellschaft in eine KGaA und umgekehrt	766
VI. Umwandlung einer KGaA in eine Personengesellschaft	767
VII. Umwandlung einer Personengesellschaft in eine KGaA	768
VIII. Spaltung einer KGaA	768
1. Grundsätzliches	768
2. Ab- bzw. Aufspaltung einer KGaA	769
a) Grundsätzliches	769
b) Anwendung der §§ 11 bis 13 UmwStG sowie des § 15 UmwStG	769
IX. Grunderwerbsteuerliche Aspekte	772

§ 12 Die KGaA im Konzern	775
A. Einleitung	776
B. Die KGaA als verbundenes Unternehmen	776
I. Konzernrechtliche Grundbegriffe	776
II. Vertragskonzernrecht	778
1. Zustimmung der Kommanditaktionäre und weitere Anforderungen	779
2. Zustimmung sämtlicher persönlich haftender Gesell- schafter	780
3. Änderung des Unternehmensvertrages	782
4. Aufhebung und Kündigung eines Unternehmensver- trages	782
5. Übergang der Leitungsmacht auf das herrschende Unternehmen	783
6. Haftung des herrschenden Unternehmens und dessen gesetzlicher Vertreter	784
7. Haftung des beherrschten Unternehmens und dessen gesetzlicher Vertreter	784
III. Faktischer Konzern	784
1. Unternehmensbegriff	784
2. Abhängigkeit nach § 17 AktG	785
3. Folgen faktischer Konzernierung im Überblick	789
4. „Qualifiziert faktischer KGaA-Konzern“	791
IV. Eingliederung und Squeeze-Out	793
1. Eingliederung	793
2. Squeeze-Out	795
C. Konzernrechtliche Behandlung der Kapitalgesellschaft & Co. KGaA	796
D. Mitteilungspflichten nach §§ 20f. AktG	798
I. Mitteilungspflichten gegenüber der KGaA nach §§ 278 Abs. 3, 20 AktG	798
II. Mitteilungspflichten der KGaA nach §§ 278 Abs. 3, 21 AktG	800
E. Besonderheiten bei der Konzernrechnungslegung	800
 § 13 Mustersatzungen	 803
A. Einleitung	803
B. Mustersatzung I	804
C. Mustersatzung II	814
C. Mustersatzung II – Variante	825
D. Mustersatzung III	828
 Sachregister	 843